

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Bürgermeister | <input type="checkbox"/> Fachbereich I
Zentrale Verwaltung |
| <input type="checkbox"/> Büro des Bürgermeisters | <input type="checkbox"/> Fachbereich II
Soziales/Ordnungswesen/Stadtbüro |
| <input type="checkbox"/> IT + Telekommunikation | <input type="checkbox"/> Fachbereich III
Bauamt |
| <input type="checkbox"/> Rechtsamt | <input type="checkbox"/> Fachbereich IV
Gesellschaft und Bildung |
| <input type="checkbox"/> Eigenbetrieb Stadtwerke | <input type="checkbox"/> Fachbereich V
Immobilienmanagement |
| <input type="checkbox"/> Interne Frauen- und Gleichstellungs-
beauftragte | <input type="checkbox"/> Fachbereich VI
Finanzen |
| <input type="checkbox"/> Bauhof | |

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr

**27. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 7.
Dezember 2020**

TOP 3

**Maßnahmen durch die geplante Bahn-Neubaustrecke; Antrag der SPD-Fraktion
Drucksache: 10/0805/2**

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 19. November 2020 den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion stellen die Inhalte und die Intention des Antrages vor.

Der Wunsch in Punkt 5 des Antrages neben dem juristischen Beistand zusätzlich auch fachliche Gutachten als Argumentationsgrundlage aufzunehmen wird verworfen, da im Rahmen juristischer Ausführungen regelmäßig auch fachliche Gutachten durch die Rechtsanwälte eingeholt werden.

Die CDU-Fraktion beantragt, einen Punkt 6 einzufügen, in dem von der Deutschen Bahn die Einrichtung eines Projektbeirates (nach Vorbild des Projektbeirates im Verfahren zur NBS Südbaden) unter Mitwirkung der Stadt Weiterstadt gefordert wird.

Bürgermeister Möller verweist auf die weiterhin entlang der NSB Hauptstrecke bestehende Lärmproblematik im Bereich Gräfenhausen. Hier muss im Rahmen der parlamentarischen Befassung ein übergesetzlicher Lärmschutz durch Realisierung einer Trog- und Tunnellösung erreicht werden.

Alle Fraktionen fordern die Stadtverordnetenversammlung zu Geschlossenheit in dieser Auseinandersetzung auf.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Änderungswünsche in den Antrag der SPD einzuarbeiten und dann einen gemeinsamen Antrag zu Abstimmung zu stellen. Diesem Vorschlag wird einvernehmlich zugestimmt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die von der Deutschen Bahn (DB) am 13.11.2020 vorgestellte Vorzugsvariante der ICE-Trasse Frankfurt-Mannheim sowie die damit verbundene „kurze Weiterstädter Kurve“ (Variante II b) ab.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Deutsche Bahn bzw. die Vorhabenträger auf, einen über den gesetzlichen Anspruch hinaus gehenden Lärmschutz sowohl an allen Neu- als auch an allen Bestandsstrecken vorzusehen. Der Lärmschutz für die geplante Bahnstrecke entlang der Autobahn A5 soll durch einen Tunnel realisiert werden.
3. Die Deutsche Bahn wird weiterhin aufgefordert, die bereits zugesagte Gesamtbelastungsstudie aller Lärmquellen umgehend vorzulegen und die Ergebnisse der Studie bei allen anstehenden Lärmschutzmaßnahmen zu berücksichtigen.
4. Bei der geplanten Trasse soll der Eingriff in Wald, Natur, Wasser und Landschaft, auch auf Weiterstädter Gemarkung, geringstmöglich sein.
5. Zur Wahrung städtischer Interessen wird der Magistrat aufgefordert juristischen Beistand zu suchen, mögliche Klagewege im weiteren Verfahren zu finden und diese der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. Entsprechende Haushaltsmittel sind hierfür einzuplanen.
6. Die Deutschen Bahn wird aufgefordert, einen Projektbeirat unter Beteiligung der Stadt Weiterstadt einzurichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig